

teinahme für Heckers republikanische Rebellion zu einem dezidierten Verfechter des republikanischen Gedankens.

Am 15. April, als der Heckerzug voll im Gang war, übernahm das Württembergische Seeblatt einen Artikel des Nürnberger Kuriers. Danach brauche die Republik politisch gebildete und bewußte Männer, „welche das Gesetz nicht bloß kennen, sondern auch so viel Achtung davor und so viel Entsagung und Selbstüberwindung haben, daß sie sich demselben freiwillig, aus Gesinnung und ohne Zwang unterordnen“. Unter den bisher herrschenden Verhältnissen habe sich ein solcher bürgerlicher Charakter jedoch nicht ausbilden können. Deshalb brauche die ganze Entwicklung zur Republik Zeit: „Frei reden läßt sich über Nacht lernen, frei handeln schwerlich“.

Schließlich sei die Antwort auf die Frage, ob die meisten Deutschen lieber eine Republik hätten, leider eindeutig zu beantworten. Die Mehrheit neige noch immer zur Monarchie. Die Durchsetzung der Republik von oben könne deshalb zum inneren Zwiespalt und zum Bürgerkrieg führen.<sup>25</sup> Zutreffenderweise stufte das Württembergische Seeblatt vom 20. April 1848 die Ernennung von Ignatz Peter durch Hecker zum Statthalter des Seekreises als faktische Ausrufung der Republik ein, meint jedoch kritisch, daß der „republikanische Rauch bald verfliegen sein wird“.<sup>26</sup> Am 24. April, also nach der Niederlage Heckers bei Kandern, bekräftigte der Redakteur Schabet noch einmal sein Votum für eine konstitutionelle Monarchie in Deutschland und berief sich dabei auf eine Rede Robert Blums, wonach die Frage, ob Monarchie oder Republik jetzt nicht entschieden werden könne, sondern nur durch die Abgeordneten des deutschen Volkes. Es sei eine Torheit und ein vergebliches Bemühen, „wenn Einzelne eine Republik einführen wollten“. Eine ebenso große Torheit und Verletzung der Freiheit sei es aber, „wenn man Männer, deren innerste Überzeugung die Republik sei, verdächtige“.<sup>27</sup>

Am 18. Mai 1848 übernahm Redakteur Schabet dann das Urteil eines Schweizer Autors, wonach die Republik als Staatsform preiswerter sei als jede Monarchie. Daß diese „Billigkeit der Verwaltung“ nur in und mit der Republik erreichbar schien, hat wesentlich zur schnellen Verbreitung der Idee der Republik beigetragen.

Das Württembergische Seeblatt untermauerte dann unter Berufung auf die Berechnungen des Schweizer Geographen und Statistikers Gerold Meyer von Knonau das Argument auch mit Zahlen: Während die Schweizer Kantone im Schnitt 2 SFr an Steuern erheben, seien es in Baden und Preußen im Schnitt 10 SFr, also fünf mal soviel. Mit dieser zu erwartenden Steuerentlastung nach der Einführung der Republik werde den Bürgern, namentlich den kleinen Handwerkern und Bauern, das Geld zur Verfügung stehen, das diese dringend bräuchten, um ihre Existenz grundlegend zu verbessern. Sie hätten dann endlich das Kapital in der Hand, um ihre Höfe und Betriebe zu entschulden und zu erweitern. Erst mit der Einführung der Republik habe die Masse eine Chance, zu bescheidenem Wohlstand zu kommen.<sup>28</sup>

In ihr würden, bedingt durch das hohe Maß an Selbstregierung, vor allem auf der kommunalen Ebene, weniger Ausgaben und damit auch weniger Steuern anfallen. Außerdem sei in der Republik die Steuerverteilung gerechter, indem sie eher auf direkten als indirekten Steuern beruhe.

Für die Staatsform der Republik sprachen schließlich noch die lebendigen, leidvollen Erinnerungen an die absolutistischen Zeiten des 18. Jahrhunderts. Die zahl-